



**An die Mitglieder des
Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben
und Dölau, Heide-Nord, Lettin**

Halle (Saale), 13. März 2023

Sehr geehrte Mitglieder,

herzlich Willkommen zurück zu meinem Newsletter mit dem versprochenen Update im Nachgang zur Plenarsitzung.

1. „Moderne Fehlerkultur in der Polizei Sachsen-Anhalts ermöglichen“

Antragsteller ist die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN. Sie führte ein, dass Polizisten nicht nur zu Einhaltung von Recht und Gesetz berufen sind, sondern auch die Werte der Verfassung hochhalten müssen. Diesem Anspruch sind die Beamtinnen und Beamten der Polizei jedoch nicht gerecht geworden. Über Jahre hinweg wurden in einem Klassenchat menschenverachtende, frauenfeindliche, pornografische Inhalte etc. ausgetauscht. Niemand aus diesem Klassenchat sei eingeschritten oder habe es gemeldet. Das alles sei ein Ausweis des Versagens in vielerlei Hinsicht. Zukünftig muss ein potenzielles Fehlverhalten innerhalb der Polizei anerkannt, es muss mit Fehlverhalten gerechnet werden und es bedarf eines offenen Umgangs durch Vorgesetzte. Eine moderne Fehlerkultur macht – laut Aussage der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN – aber auch die externe Kontrolle durch einen unabhängigen Polizeibeauftragten notwendig. Bürgerinnen und Bürger könnten sich mit Beschwerden über die Polizei an diese neue Stelle wenden, die auch für innerdienstliche Kritik, Anregungen oder Hinweise von Polizeibeschäftigten zuständig ist.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Dr. Zieschang ausgeführt, dass die Inhalte des Klassenchats eine Schande für die Landespolizei sind. Derartige Pflichtverletzungen werden weder jetzt noch zukünftig toleriert. Jede Bürgerin und jeder Bürger muss darauf vertrauen können, dass jede Polizistin und jeder Polizist ihr bzw. ihm unvoreingenommen gegenübersteht. Nicht zuletzt aufgrund von Vorfällen aus dem Jahr 2017 (auch im Zusammenhang mit Betäubungsmitteln) wurde das Eignungsauswahlverfahren an der Fachhochschule Polizei erweitert. Die Ministerin hat noch einmal betont, dass auch sie bestürzt darüber sei, dass ein über viele Jahre bestehender Klassenchat mit derartigen Inhalten existiert und nicht gemeldet wurde. Ein solches Meldeverhalten stellt kein unkollegiales Verhalten dar, sondern ist die Pflicht eines jeden Polizeibeamten. Auch wenn bereits viele Maßnahmen initiiert wurden, werde man nicht

einfach zur Tagesordnung übergehen. Man werde in allen Hierarchieebenen an sich arbeiten und sich verbessern.

Die Fraktion der AfD ist der Meinung, dass der Antrag der Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN nur den Zweck verfolge, den Anschein zu erwecken, dass die Polizeibeamten von Nichtdemokraten und Verfassungsfeinden durchsetzt ist. Das gehe klar an der Lebensrealität vorbei. Der Alternativantrag der AfD fordere hingegen von Parlament und Landesregierung das ein, was die Landespolizei in der heutigen Zeit am meisten benötige – nämlich Vertrauen und Anerkennung. Unter anderem soll nicht die Ministerin für Inneres und Sport darüber entscheiden, ob ein Berufsbeamter entlassen wird oder nicht. Ob sich ein Beamter in der Probezeit bewährt hat, hat die personalführende Stelle ergebnisoffen zu prüfen. Wenn Entlassungen allein nach dem Willen der Ministerin möglich sein sollen, sei damit der Willkür Tür und Tor geöffnet.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurden sowohl der Antrag als auch der Alternativantrag in den Ausschuss für Inneres und Sport überwiesen.

2. „Halle zum erfolgreichen Standort des Zukunftszentrums für Europäische Transformation und Deutsche Einheit machen“

Die einbringende Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN führt aus, dass mit der Entscheidung zur Ansiedlung des europäischen Zukunftszentrums der Stadt Halle und dem Land Sachsen-Anhalt der große Wurf gelungen. Das Zentrum soll als beständiger Magnet für Besucherinnen und Besucher aus ganz Deutschland – und eventuell auch darüber hinaus – fungieren. Auch soll mit dem Bau ein architektonisches Highlight gesetzt werden. Sachsen-Anhalts Forschungslandschaft wird durch das Transformationszentrum um einen gewichtigen Brocken reicher. Hierbei ist es möglich, aus den Erfahrungen und Fehlern der Vergangenheit zu lernen und Schlussfolgerungen zu ziehen, wie wir Prozesse besser gestalten können.

Für die Landesregierung hat Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff gesprochen. Er führte aus, dass Halle zahlreiche Vorzüge hat, welche die Stadt als idealen Standort für ein solches Zukunftszentrum machen. Halle ist darüber hinaus ein exzellenter Wissenschaftsstandort mit jahrhundertelanger Geschichte. Außerdem genieße die Stadt Halle auch in Sachen Bildung und Kultur einen guten Ruf. Herr Ministerpräsident Dr. Haseloff hat jedoch einen Wunsch dahingehend geäußert, dass der Bund auch die vielen guten Ideen der Mitbewerber aus den anderen Bundesländern berücksichtigt. Das Zukunftszentrum soll nicht nur für Halle oder für Sachsen-Anhalt sein, sondern für ganze Deutschland und auch für Osteuropa.

Im Laufe der Debatte wiesen vor allem die AfD und die FDP darauf hin, dass die BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN vor der Entscheidung für Halle keine solche Begeisterung zeigten und auch als die Entscheidung stand, hat dies allem Anschein nach für keine Begeisterung bei den Grünen gesorgt. Der heutige Antrag gerade von BÜNDNIS90/DIE GRÜNEN sorgte daher zumindest für Verwunderung.

Alle anderen Fraktionen zeigten sich ebenfalls erfreut über den Zuschlag für Halle.

3. „Nachhaltigkeitsstrategie umsetzen und Flächenversiegelung verringern“

Die Fraktion BÜNDNIS 90/DIE GRÜNEN streben eine Flächenkreislaufwirtschaft an. Die Entwicklung des Landes soll vom Flächenverbrauch entkoppelt werden. Als Zielvision soll Folgendes erreicht werden: Wenn an einer Stelle versiegelt wird, soll an einer anderen Stelle entsiegelt werden. Das sei ein sehr einfacher Beitrag zu Klimaschutz, Klimaanpassung, Artenschutz und Wasserverfügbarkeit. Ohne Versiegelung kann das Regenwasser im Boden versickern, mit Versiegelung wird es durch ein Rohrsystem abgeführt. Grundlegend geht es beim Antrag darum, dass eine onlinegestützte Datenbank eingerichtet werden soll, in der die Flächen,

die zur Entsiegelung anstehen, einsehbar sind. Es sei ein relativ unaufwendiger Beitrag zur Nachhaltigkeitsstrategie der Landesregierung.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Dr. Hüskens ausgeführt, dass die Ziele der Nachhaltigkeitsstrategie nicht immer alle gleichzeitig und auch nicht widerspruchsfrei zu realisieren sind. Die Wirtschaftskraft im Land soll verbessert werden, ebenso sollen gut bezahlte Arbeitsplätze für die Menschen geschaffen werden. All das sind ebenso wichtige Ziele wie der Bodenschutz, weshalb auch alle Ziele sehr ernst genommen werden. Aus diesem Grund wird auch der Zielwert des Flächenverbrauchs im Auge behalten. Das Thema an sich muss man jedoch bundesweit betrachten. Dabei fällt allerdings auf, dass Bundesländer wie bspw. Baden-Württemberg deutlich mehr versiegelte Flächen haben als Sachsen-Anhalt, sodass dort eine größere Handlungsnotwendigkeit besteht.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag federführend in den Ausschuss für Infrastruktur und Digitales sowie mitberatend in den Ausschuss für Wissenschaft, Energie, Klimaschutz und Umwelt überwiesen.

4. „Erdbebenhilfe vor Ort statt Visaerleichterungen und Migrationsförderung“

Die antragstellende Fraktion der AfD begrüßt es ausdrücklich, dass sich Deutschland mittlerweile über verschiedene Wege in die Erdbebenhilfe für die betroffenen Länder einbringt und sich beteiligt. Die Landesregierung wird aufgefordert, sich auf Bundesebene weiterhin für entsprechende Initiativen einzusetzen und unkompliziert Hilfe in den betroffenen Regionen zu gewährleisten. Nur die Hilfe vor Ort ermögliche einen effektiven Wiederaufbau und die schnellstmögliche Rückkehr zur Normalität. Die nun im Raum stehende Maßnahme der Visaerleichterungen sieht die Fraktion der AfD eher als Einladung an tausende von Migranten. Einer solchen Regelung soll definitiv die Absage erteilt werden.

Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Dr. Zieschang ausgeführt, dass sich Bund und Länder darüber einig seien, dass die unmittelbare Hilfe vor Ort weiterhin Priorität hat. Mit der Erteilung der angedachten Kurzzeitvisa gehen jedoch keine Belastungen der sozialen Sicherungssysteme einher, da diese an enge Voraussetzungen geknüpft ist. Es handelt sich bei den Visaerleichterungen für Erdbebenopfer nicht um eine humanitäre Aufnahmeaktion. Daher bestehe kein Zusammenhang zum Bundesaufnahmeprogramm. Um ein solches Kurzzeitvisa zu erhalten, müssen die in Deutschland lebenden Verwandten müssen mit den Erdbebenopfern türkischer Staatsangehörigkeit im ersten oder zweiten Grad verwandt sein. Außerdem müssen die in Deutschland lebenden Verwandten ein Daueraufenthaltsrecht in Deutschland besitzen oder gar deutsche Staatsangehörige sein. Vor allem aber müssen die in Deutschland lebenden Verwandten eine Verpflichtungserklärung abgeben, wonach sie für die von ihnen eingeladenen Familienangehörigen sämtliche Kosten für die Dauer des Aufenthalts übernehmen. Eine solche Verpflichtungserklärung ist zwingende Voraussetzung für ein Kurzzeitvisum.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

5. „Baumschuld einlösen und Alleenschutz umsetzen!“

Die antragstellende Fraktion der AfD stellt klar, dass die Aufnahme des Alleenschutzes in die Landesverfassung ebenfalls eine dringliche Aufgabe sei. Jedes Unterlassen verstoße gegen die Verpflichtung Sachsens-Anhalts in Sachen Klimaschutz. Eine Alle benötigt 50 Jahre bis 70 Jahre, bis sie ansatzweise wie eine Allee aussieht. Umso wichtiger sei es, die bestehenden Alleen zu erhalten und vor allem flächendeckend Bäume in Sachsen-Anhalt zu pflanzen. Es wird also dringend ein funktionierendes Alleekonzept benötigt.

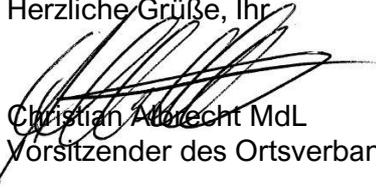
Für die Landesregierung hat Frau Ministerin Dr. Hüsken kurz und knapp ausgeführt, dass bereits in der letzten Plenarsitzung hinreichend über Alleen gesprochen und die weitere Verfahrensweise geklärt wurde. Weitere Anträge zu diesem Thema seien nicht notwendig.

Auch die Fraktion DIE LINKE hat angeführt, dass bereits ausreichend zum Thema Allees diskutiert wurde. Weshalb die Fraktion der AfD sich beim letzten Mal diesbezüglich nicht eingebracht hat, ist demnach nicht verständlich.

Im Rahmen des Abstimmungsverfahrens wurde der Antrag mehrheitlich abgelehnt.

Die nächste Plenarsitzung für dieses Jahr findet dieses Mal drei Tage vom 22.03.2023 bis 24.03.2023 statt. Ich melde mich, wie gewohnt, vorab bei Ihnen. Bis dahin!

Herzliche Grüße, Ihr



Christian Albrecht MdL

Vorsitzender des Ortsverbandes Halle-Neustadt / Nietleben